

15. September 1821	Guatemala, El Salvador, Costa Rica und Honduras erlangen die Unabhängigkeit von Spanien.
30. September 1846	Erste schmerzfreie Zahnextraktion unter Narkose durch William Thomas Green Morton an seinem Patienten Eben Frost
1. Oktober 1901	Ernst von Wolzogen gründet in Berlin mit dem Überbrettel das erste deutsche Kabarett

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

Für Halle und den Saalekreis

9. Ausgabe / 26. Jahrgang 13. September 2016

In Berlin und (H)alle dabei

Überall laufen Menschen mit ihren Smartphones durch die Straßen. Mal einzeln, mal in Gruppen, mal sammeln sie sich an Plätzen, mal bleiben sie plötzlich stehen oder laufen auf einmal aufgeregt los und scheinen etwas zu suchen. Zum Teil ist man dieses Bild von Smartphone-NutzerInnen ja gewohnt. Aber dieses Mal ist etwas anders.

Sie suchen Pikachu, Pumeluff, Glumanda und Co. Das sind kleine Monster aus der bekannten japanischen Trickfilm-Serie Pokémon. Das Spiel Pokémon Go hat in Deutschland eine regelrechte Manie ausgelöst. Überall begeben sich Pokémon-JägerInnen auf die Jagd nach den kleinen Monstern. Das passiert nicht einfach auf einem Bildschirm. Das Spiel verbindet eine virtuelle Realität mit der realen Welt. Mit Hilfe von GPS-Daten und einer digitalen Karte der Umgebung, können die SpielerInnen genau sehen, wo sie sich befinden und welche Pokémon in der Nähe sind. Mit der Kamera des Tablets oder des Smartphones können reale Bilder mit den kleinen Trickfilmmonstern entstehen. Es wirkt dann so, als ob das kleine Monster tatsächlich vor dem Spieler bzw. der Spielerin auf der Straße sitzt. Diese neuartige Form des Spiels nennt sich Augmented-Reality (bedeutet so viel wie erweiterte Realität).

Bei sogenannten Pokéstops können die SpielerInnen digitale Pokébälle (zum Einfangen der kleinen Monster notwendig), Krafttränke, Lockstoffe und Eier einsammeln. Um Eier auszubrüten, müssen die SpielerInnen eine bestimmte Strecke zu Fuß zurücklegen. Immerhin wird durch dieses Spiel viel Bewegung an frischer Luft abverlangt. Das ist aber auch nicht ganz risikolos. Denn die sogenannten Pokémon-TrainerInnen verirren sich auf ihrer Jagd oft an Orte,

die sie eigentlich nicht betreten sollten. Es gab schon Meldungen von Pokémon-SpielerInnen in Krankenhauskellern, auf Bahngleisen und anderen Orten, an denen sie eigentlich nichts zu suchen haben – auch keine kleinen Monster.

Entwickelt wurde das Spiel von der Firma Niantic Inc. in Zusammenarbeit mit Nintendo. Es ist aber nicht das erste Spiel dieser Art. Niantic Inc. hat zuvor ebenfalls ein Augmented-Reality-Spiel herausgebracht, welches Ingress heißt und ähnlich funktioniert. Netzpolitik.org macht auf den Datenschutz aufmerksam. Es werden nicht nur Daten zu Marketingzwecken an Unternehmen, sondern auch an Regierungen und Ermittlungsbehörden weitergeben. Das lohnt sich, denn durch das Spiel erhalten die staatlichen Behörden und Überwachungsdienste zum Beispiel sehr genaue Informationen zu Aufenthaltsorten und Bewegungsprofilen. Um Monster fangen zu können, benötigt es nämlich eine ständige GPS-Verbindung. Mit Hilfe der Datensammlung können auch Kundenströme gezielt gelenkt werden, denn Pokéstops und Arenen in der Nähe von Geschäften locken SpielerInnen an. Das muss nicht unbedingt negativ gesehen werden. Im sozialen Netzwerk Twitter konnte man von einer Bibliothek lesen, die es kreativ und mit Humor verstand, einen dort vorhandenen Pokéstop zu nutzen, um für ihren Standort zu werben und somit potenzielle LeserInnen zu gewinnen.

Bei aller Kritik am technischen Fortschritt und bei allen (berechtigten) Bedenken bezüglich des Datenschutzes, sollte nicht vergessen werden, dass solche Neuerungen wie die computergestützte Realität (Augmented Reality) von Nutzen sein kann.

weiter auf Seite -2-

In Berlin... Fortsetzung von Seite -1-

Das Neue Deutschland hat dazu eine interessante Diskussion angestoßen. Die computergestützte Realität gibt es nicht nur in Spielen wie Pokémon Go, sondern auch in Datenbrillen. Diese Datenbrillen finden ihren Einsatz bereits in der Logistik-Branche und sollen die Arbeit erleichtern. Auch der Pflegebereich kann davon profitieren, die Daten via Brille sofort und ohne lästige Papierwälverei abrufen zu können. Für sehbehinderte oder blinde Menschen wären diese Brillen eine Unterstützung im Alltag zur Orientierungshilfe und Datenauskunft.

DIE LINKE fordert beim Thema Datenschutz eine Stärkung der Informations- und Widerspruchsrechte der NutzerInnen. Unternehmen, die gegen Datenschutzaufgaben verstoßen, müssen mit strengen Sanktionen konsequent belangt werden. Das Internet als neuer sozialer Raum muss den Schutz der Privatsphäre im Fokus haben und nicht die Sammlung und Auswertung von Daten.

Doch vergessen wir bitte nicht, dass wir nicht erst seit Pokémon Go stets und ständig Daten von uns preisgeben. Jede SMS und jeder Anruf verrät etwas über

unseren Aufenthaltsort, egal ob wir eine GPS-Funktion eingeschaltet haben oder nicht. Datenschutz hat immer zwei Seiten einer Medaille, wie wir es am Beispiel der Krankenversicherungskarten sehen können. Ja, es ist auf einer Chip-Karte eine enorme Ansammlung persönlichster Gesundheitsdaten gespeichert. Doch diese Daten brauchen auch Notfallärzte, um schnell an die wichtigsten Informationen heranzukommen, ohne sie erst über Umwege vom Hausarzt einzuholen. Im Ernstfall rettet das Leben.

Datenschutz wird in Deutschland meistens im Sinne von Datensparsamkeit verstanden. Doch selbst ein normales Gespräch auf der Straße ist ein Datenaustausch. Soll Datenschutz also bedeuten, den Datenaustausch so gering wie möglich zu halten oder den Missbrauch von Daten zu verhindern? Sollen wir also überhaupt noch miteinander reden oder doch lieber dafür sorgen, dass das, was wir über uns preisgeben, nicht von anderen missbraucht wird? Das Thema Datenschutz ist schwierig zu diskutieren und daher soll diese Kolumne auch keine endgültige Meinung dazu formulieren, sondern eher anregen über das Thema und seine Komplexität nachdenken.

Erfahrungsberichte und weiterführende Artikel zu Pokémon Go

<http://dasnuf.de/pokemon-go/>

<http://www.hoheluft-magazin.de/2016/07/ganz-real-nicht-wirklich/>

Demonstration für ein faires Bundesteilhabegesetz am 15. September 2016

Zum Beginn des Jahres 2017 soll das neue Bundesteilhabegesetz in Kraft treten.

Angetreten war die Bundesregierung mit dem Ziel, die behindertenpolitische Gesetzgebung zu reformieren und vollends an die 2009 unterschriebene UN-Behindertenrechtskonvention anzugleichen. Der derzeitige Gesetzesentwurf stößt allerdings auf vielfache Kritik von Politikern, Sozial- und Behindertenverbänden, Juristen und schließlich auch von Betroffenen. In vielen deutschen Städten finden seit Wochen Protestaktionen statt, auch in Halle.

Gemeinsam mit Rehabilitanden und Mitarbeitern des BFW Halle (Saale) hat Nadine Wettstein, freie Dozentin und Beraterin für Inklusion, eine Demonstration organisiert. Viele Verbände, Politiker und Privatpersonen sind eingeladen. Frau Petra Sitte, hallesche Bundestagsabgeordnete der Partei „Die Linke“, wird im Vorfeld die Haltung ihrer Fraktion zum Gesetzesentwurf erläutern. Nutzen auch Sie die Gelegenheit, um auf Ihre Rechte, die Ihrer Kinder, Eltern oder Großeltern, Ihrer Freunde, Nachbarn oder Arbeitskollegen aufmerksam zu machen. Das Thema betrifft deutlich mehr Menschen, als zunächst vielleicht angenommen!

Datum: Donnerstag, 15. September 2016 / Uhrzeit: 11:00 bis 13:00 Uhr / Treffpunkt: 10:55 Uhr auf dem halleschen Marktplatz / Schlusspunkt: 13:00 Uhr auf dem halleschen Marktplatz

(Quelle: Berufsförderungswerk Halle(Saale))

Aus der Stadtratssitzung am 31. August 2016

Die Sommerpause für die Stadträte ist vorbei, auch wenn die gefühlten Temperaturen im Ratssaal „Hochsommer“ zeigen.

Die Einwohnerfragestunde wird von einem Polizeiaufgebot begleitet. Grund dafür sind die Gäste: Sven Liebig und Begleiter. Sven Liebig ist bekannt als Redner auf der Montagsdemo, als Provokateur und als Betreiber von Facebookseiten, wie z. B. „Halle-Leaks“. Innerhalb der Bürgerfragestunde wird von einem Betreiber der Montagsdemo – Herrn Schmidt – bezüglich unserer Anfrage im Stadtrat (Thema Montagsdemo und Kosten) nachgefragt, ob die Kosten für die Montagsdemo bei der Beantwortung auch für die „Gegendemos“ „aufgesplittet“ wurden. Der Oberbürgermeister sagt zu, dass diese Frage an die Versammlungsbehörde weitergeleitet wird. Unsere Anfrage konnte im August übrigens noch nicht beantwortet werden, für die Stadtratssitzung September wird die Beantwortung erwartet.

Der Oberbürgermeister informiert dann in seinem Bericht über die Tätigkeiten von Arbeitsgruppen der Metropolregion Mitteldeutschland und zum „Investitionsprogramm Bildung bis zum Jahr 2022“. Inhalt dieses Programms sind geplante Investitionen in Schulen und Kindertageseinrichtungen. Ein Großteil der Gelder soll aus den Förderprogrammen des Landes kommen.

Auch das Thema „Bewerbung für den Titel Kulturhauptstadt Europa“ spielt eine Rolle. Der OB kündigt eine Vorlage für die Sitzung des Stadtrates im September an.

Er unterstreicht, dass diese Bewertung auch in der Vorstandsberatung der Metropolregion Mitteldeutschlands wohlwollend aufgenommen wurde. Im Anschluss des Berichtes des OB verlas der Stadtratsvorsitzende, Hendrik Lange, eine Erklärung aller Fraktionen des Stadtrates – außer der CDU – zum Vorhaben der Bewerbung. Diese Erklärung, deren Grundlage von Katja Müller (Mitglied unserer Fraktion) ausgearbeitet wurde, verweist deutlich darauf, dass das „Hauptaugenmerk der Diskussion sein muss, wie die städtische Kulturlandschaft nachhaltig erhalten, ausgebaut und gefördert werden kann und Halle (Saale) aus sich

selbst heraus zu einer „Kulturhauptstadt“ wird. Dazu gehört auch die kritische Reflexion über den massiven Abbau der halleischen Kulturlandschaft in den zurückliegenden Jahren“. Die Erklärung zeigt auf, dass zuerst ein „kultureller Kassensturz“ gemacht werden muss! Das Thema wird also im nächsten Stadtrat und darüber hinaus sehr kritisch diskutiert werden müssen! Eine endgültige Entscheidung gibt es noch nicht.

Auf der Tagesordnung des Stadtrates stehen dann mehrere Jahresabschlüsse städtischer Unternehmen, wie z.B. des Zoos, der Stadtwerke u.a.m. Alle wurden ohne große Diskussion bestätigt.

Anträge sind dann zu behandeln, die übrigens alle in die Fachausschüsse zur weiteren Diskussion verwiesen wurden. Unser Antrag zur Realisierung von Kunst im öffentlichen Raum gehört auch dazu. Der Antrag sieht vor, die Plastik „Eva“ (große Stehende) von Marianne Traub wieder in Halle-Neustadt aufzustellen.

Unser Antrag zu mehr Fahrradbügeln auf dem Marktplatz ist im Grunde positiv aufgenommen, denn die Verwaltung erklärt, dass sie bereits reagiert hat und 27 neue „Bügel“ in Planung sind. Die SPD hatte dazu einen Änderungsantrag gestellt, den wir übernommen haben. Es geht hier um die Prüfung „mobiler Fahrradständer“, die z.B. bei Großveranstaltungen aufgestellt werden können.

Unsere Anfrage zu den Kosten für die „Montagsdemos“ (Polizei...) und zur Entwicklung der Teilnehmerzahl sowie zu Verstößen gegen das Strafgesetz wird, wie schon geschrieben, erst in der nächsten Stadtratssitzung beantwortet, weil die Anfrage an die zuständige Versammlungsbehörde der Polizeidirektion weitergeleitet wurde.

Auch die Anfrage von Sten Meerheim zu Angaben zu Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften in Halle (Saale) wird erst zur nächsten Sitzung beantwortet werden können.

Ute Haupt bekam auf ihre Anfrage zum Aufbau der neuen Spielgeräte auf dem Spielplatz im Grünzug der Silberhöhe die Antwort, dass diese bis Mitte Oktober aufgestellt werden.

Ute Haupt, Stadträtin



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat September Geburtstag haben.



Frischer Wind für den Bundestagswahlkreis 73 - Burgenlandkreis und Saalekreis

In einem knappen Jahr sind Bundestagswahlen. Zeit, sich über die Kandidaten Gedanken zu machen. Lars Brzyk, 31 Jahre jung, 16 Jahre Mitglied der LINKEN und seit 12 Jahren in der Kommunalpolitik tätig und ein Kind von hier nimmt die Herausforderung an und stellt sich als Kandidat. Am 3. September hat er sich bereits auf dem Kreisparteitag in Weißenfels vorgestellt, mit Erfolg. Und seine Tour geht weiter. Der junge und motivierte Unternehmer und Selfmademan von mehreren Bäckereifilialen sucht die Nähe zu Bürger*innen und Wähler*innen und will aus der Wahlschlappe der Landtagswahl lernen. Dazu gehört, dass er zuhört und gemeinsam mit den Menschen in seinem Wahlkreis Lösungen findet. Die Probleme der Region sind ihm nicht nur bekannt, er will sie angehen und aus den Regionen Burgenlandkreis und Saalekreis Regionen machen, in denen es sich zu leben lohnt. Für die Bewerbung um ein Mandat im Bundestag hat er sich daher viel vorgenommen. Nicht nur, dass er in seinem Wahlkreis präsent sein will, er möchte sich auch um Themen wie die kritische Haushaltslage in den Städten, die Abwasserproblematik, die Städtebauförderung und die Wirtschaftsförderung kümmern. Momentan nimmt Lars in unseren Ortsverbänden viele Termine wahr und nimmt sich den Belangen der Genossen*innen an. Gern tritt Lars auch in direkten Kontakt mit Euch über: baeckerei-graupner@web.de



5./6. August 2016: Oechlitz feiert 730-jähriges Bestehen

Auf dem Festplatz zur 730-Jahrfeier des Müchelner Ortsteiles Oechlitz waren wir wieder mit Zuckerwatte und Popcorn sowie einigen Spielen präsent. Zum ersten Mal kam unser Pavillon zum Einsatz, der uns einmal vor einigen Regenschauern schützte und der neben einem wettergeschützten Platz für unsere Maschinen für Zuckerwatte und Popcorn auch noch etwas Platz für einige Flyer und Zeitschriften bot. Auch unsere Luftballons, ob mit oder ohne Logos „DIE LINKE“ bzw. der Friedenstaube oder verschiedenen Grundsatzaussagen der Partei kamen gut an. Für ihren Einsatz danken wir unserem Fraktions- und Ortsverbandsvorsitzenden Andreas Jirmann, den Stadträtinnen Sylke Nagel, Anett Beutler sowie Nancy Augustin, die im Rahmen der Freiwilligen Feuerwehr zum Gelingen des Festes mit beitrug. Unser Dank gilt auch unserem



Genossen Detlef Walloch, Mitglied des Kreisvorstandes, der uns am 5. August bis zum Schluss um 21 Uhr unterstützte.

Ein Herzliches Dankeschön

Sehr geehrte Vorstandsmitglieder der Linkspartei,

hiermit möchte ich mich für die Mitarbeit ihrer Genoss*innen aus Mücheln/Geiseltal anlässlich unserer 730-jahrfeier in der Gemeinde Oechlitz (Ortsteil der Stadt Mücheln) bedanken. Ihre Teilnahme mit Zuckerwatte, Popcorn, Luftballons und der Spielstraße war eine große Bereicherung unserer Veranstaltung. Die Stadtfraktion ihrer Partei sponsorte auch die Hüpfburg, ein herzliches Dankeschön dafür.

Ein besonderes Dankeschön an den Vorsitzenden der Linken von Mücheln, Herrn Andreas Jirmann. Er organisierte nicht nur Ihre Teilnahme, er sicherte den Transport ab und an allen beiden Tagen war er mit ihren Genoss*innen vor Ort.

Mit freundlichen Grüßen
Yvette Barth
Ortsbürgermeisterin

Polemik, Hetze und fehlende Sachkenntnis bestimmen Argumentationsmuster der CDU-Landsberg

Auf der Internetseite des CDU-Stadtverbandes Landsberg erklärt Landsbergs CDU-Stadtrat Gobst, dass der Saalekreis mit der Abfallentsorgung „Geld scheffeln“ will und dass der Bürger wieder einmal „abkassiert“ wird. Allein in der Wortwahl bedient sich Rechtsanwalt Gobst typischen Phrasen von Rechtsaußen. Weiterhin strotzt sein Kommentar vor Polemik und fehlender Sachkenntnis. (<http://bit.ly/2c8Np8p>)

Herr Gobst beschreibt die Abfallentsorgung als lukratives Geschäft und führt an, dass hierbei nach internen Branchenveröffentlichungen der Abfallwirtschaft Gewinnmargen von acht bis zwölf Prozent erreicht würden. Dann stellt sich allerdings die Frage, warum die CDU-Landsberg das lukrative Geschäft gerne der Privatwirtschaft überlassen möchte? Soll sich denn der Staat bzw. die Kommune auf nicht lukrative Geschäfte beschränken? Warum soll dann der Bürger seine Gebühren der Privatwirtschaft überlassen? Denn auch das vom Landkreis erwirtschaftete kommt wiederum den Bürgern des Landkreises zugute.

Stadtrat Gobst sowie CDU-Stadtrat und CDU-Kreistagsmitglied Wolff bedienen sich weiterer demagogischer Tricks. Sie verweisen zum Beispiel mit einem Link auf die Internetseite Haus & Grund (http://www.hausundgrund.de/presse_1155.iframe,1.html). Der Link bezieht sich auf eine Pressemitteilung zu einer Abfallentsorgungsstudie. In dieser Studie wurde die Abfallentsorgung der 100 größten Städte in Deutschland verglichen. Demnach haben Flensburg, Chemnitz und Nürnberg die preisgünstigste Entsorgung. Hier behaupten die Herren Gobst und Wolff, dass die Studie zu der Erkenntnis kommt, dass „die private Entsorgungsindustrie in der Regel besser und preisgünstiger“ ist. In der Pressemitteilung von Haus & Grund steht allerdings nichts davon. Schaut man sich die Abfallentsorgung der Städte Flensburg, Chemnitz und Nürnberg jedoch an, so stellt man fest, dass alle drei Kommunen über eine Abfallentsorgung in kommunaler Hand verfügen. So wird die Abfallentsorgung der Stadt Flensburg durch das Technische Betriebszentrum (TBZ) Flensburg erledigt, eine Anstalt öffentlichen Rechts (AÖR). Eine AÖR, welche die CDU-Landsberg per se verteufelt, ist allerdings ein kommunales Unternehmen. Auch in Chemnitz und Nürnberg wird die Abfallentsorgung jeweils über einen Eigenbetrieb der Stadt erledigt, wiederum kommunale Betriebe. Die immer wieder ins Feld geführte Phrase „Privat vor Staat“ und dass die

Privatwirtschaft in der Regel alles besser macht, stimmt also nicht.

Auch behaupten die Herren, dass sich die Abfallentsorgung verteuert und ein „komplexes und kostenintensives Wiegeverfahren“ eingeführt wird. Für den größeren Teil der Einwohner des Landkreises wird es jedoch preiswerter als bislang. Das betrifft nicht nur die Einwohner des Altkreises Merseburg-Querfurt, wo rund zwei Drittel der Einwohner leben. Und als Kreistagsmitglied sollte man sich dem ganzen Landkreis verpflichtet fühlen. Aber auch im alten Saalekreis werden dem Einwohner bei guter Wertstofftrennung wohl lediglich Entsorgungskosten auf dem Niveau von vor 2014 entstehen. Auch ist das Wiegeverfahren nicht kostenintensiv. Die Kosten belaufen sich auf 0,04 Euro je Wiegung, das heißt auf nicht einmal 1 Euro im Jahr. Herr Gobst vergisst wohl auch absichtlich zu erwähnen, dass die Gebühren- und Beitragssteigerungen für Wasser, Abwasser, Kitas, Nahverkehr und Grundsteuern mitunter auch durch eine Landesregierung verursacht werden. Und diese ist bekanntlich seit 2002 ununterbrochen CDU-geführt.

In dem Kommentar von Herrn Gobst wird mit Falschbehauptungen Hetze betrieben!

Wir als Stadträte und Kreistagsabgeordnete der Partei DIE LINKE in Landsberg stehen zu unserer Entscheidung, so wie die Mehrheit der Abgeordneten aller Fraktionen im Kreistag das wohl auch tut. Weiterhin fordern wir vom Landrat Frank Bannert eine öffentliche Distanzierung vom Kommentar der Stadträte Gobst und Wolff. Auch sollte Herr Bommersbach als CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzender sich Gedanken darüber machen, ob ihr Mitglied Herr Wolff in der richtigen Fraktion agiert.

László Müller
Christian Kupski
Dr. Jurik Müller

"Aktuelle Auseinandersetzungen im Kampf um
Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit"

es spricht Gen. **Hans Bauer**, Vorsitzender der
Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unter-
stützung e. V.

am 13. September, 16:30 Uhr, im Kulturtreff
Halle-Neustadt, Am Stadion 6

2. Native American Day in Mitteldeutschland

Musik-Marathon über 8 Stunden
 15 Musiker in Johanneskirche in Halle – Ein Indianer, zwei weitere US- Amerikaner, ein Tscheche, Jörg Kokott und Carly Peran zünden Feuerwerk aus Blues, Rock und Folk Halle - Ein 8-Stunden-Musik-Marathon wird am 18. September zwischen 14 und 22 Uhr in der Johanneskirche im Süden von Halle beim 2. Native American Day für Mitteldeutschland präsentiert. Rund 15 Musiker wollen damit ein Zeichen für Frieden weltweit setzen und Freiheit für den seit über 40 Jahren in den USA unschuldig inhaftierten indianischen Bürgerrechtler Leonard Peltier fordern. Mit dabei sind neben anderen Mitch Walking Elk, ein Cheyenne-Arapaho, der bereits im Vorjahr beim ersten Konzert dieser Art in der Pauluskirche aufgetreten ist. Jörg Kokott ist in DDR-Zeiten bekannt geworden mit der Folkgruppe Wacholder. In diesem Jahr hat er den Preis der deutschen Schallplattenkritik erhalten. Stephan Krawczyk, einst aus der DDR ausgewiesen, hat seinen Auftritt zugesagt. Außerdem kommen zwei US-Amerikaner und der tschechische Saxofonist Joe Kucera, die gerade mit der Leipziger Liedertour unterwegs waren. Ebenso dabei sein wird Nadine Maria Schmidt. Sie reist direkt aus Mainz an, wo sie zuvor den Förderpreis der Liederbestenliste 2016 erhält. Ralph Schüller aus Leipzig kommt mit Band und daneben wird es mit Carly Peran rockig zugehen, aber auch Blues und Folk erklingen. Der Eintritt ist frei, um eine Spende für ein indianisches und ein Flüchtlingsprojekt in Halle wird gebeten. Es gibt Kinderspiele und Versorgung.

2. Mitteldeutscher Native-American-Day präsentiert:



Mitch Walking Elk



Wayne Grajeda



Anne Heisig



Jörg Kokott



Joe Kucera



Stephan Krawczyk



Dirk Müller



Carly Peran



Nadine Maria Schmidt



Andreas Schierneck



Ralph Schüller



Wolfgang Valentini



Robert Williams

8 - Stunden - Musik - Marathon

Für
 Frieden
 weltweit

Freiheit
 für
 Amerikas
 Mandela*



Free Leonard Peltier

Johanneskirche Halle

18. September 2016, 14.00 - 22.00 Uhr

Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten. Das Geld kommt zur Hälfte einem indianischen Projekt und einem für Flüchtlinge in Halle zugute.

*Amerikas Mandela – Leonard Peltier – sitzt seit mehr als 40 Jahren unschuldig in Gefängnissen der USA.

Lisa-Frauen über sich und ihre jährliche Klausur

Im Juni war es wieder soweit: die alljährliche Lisa-Klausur stand im Terminkalender. Wir trafen uns dieses Mal in der Jugendherberge in Naumburg, die einen ganz eigenen Charme hat.

10 Frauen, die mehrere Generationen verkörpern, wollten sich über aktuelle Themen, wie Ergebnisse der Landtagswahl, den Koalitionsvertrag und die neue rechte Partei im Landtag von Sachsen-Anhalt verständigen.

Am Freitagabend haben wir uns in gemütlicher Atmosphäre über die Ergebnisse der Landtagswahl im Frühjahr ausgetauscht. Vor allem die Fragen: „Wie haben sich die Gegebenheiten in Sachsen-Anhalt verändert, wie gehen wir damit um und was bedeutet das für unsere Partei?“ standen im Mittelpunkt.

Geredet haben wir auch darüber, wie wir das Wahlergebnis unserer Partei verkraftet haben, was es für uns ganz persönlich bedeutet hat und wie wir zukünftig damit umgehen werden. Das Schöne an solchen Abenden ist, dass man mehr über die anderen erfährt. Private Eindrücke stehen dann im Vordergrund und bekommen einen Raum. Für Samstag hatten wir uns viel vorgenommen. Hauptaugenmerk lag auf dem Vergleich des Koalitionsvertrages mit unseren eigenen Zielen und politischen Forderungen für die anstehende Legislatur. Natürlich haben wir uns auch unter frauenpolitischen Gesichtspunkten damit auseinandergesetzt. Aufgefallen ist, dass wir viele Formulierungen im Koalitionsvertrag mittragen können und nun regelmäßig die Umsetzung überprüfen und gegebenenfalls auf Missstände aufmerksam machen werden. Weitere Themen waren die Zukunft und die Personalpolitik innerhalb der Partei. Die Wahlen und die Mitgliederentwicklung haben deutlich gezeigt, dass man sich vermehrt um Nachwuchs bemühen und diesen dann auch fördern muss. Weiterführend wurde die Idee diskutiert, ob man sich für eine zeitliche Begrenzung der Mandate auf Bundes- und Landesebene von 3 Wahlperioden einigen kann.

Zum Abschluss sind auch wir um das Thema AfD im Parlament nicht drumherum gekommen. Die wesentlichste Frage, „wie gehen wir damit um“, auch in Bezug auf die Besetzung in Kommunalparlamenten, konnte zu diesem Zeitpunkt nur andiskutiert werden. Einig waren wir uns, dass man sich immer wieder deutlich von den Positionen der AfD distanzieren muss.

Die Impulse der Klausur sollen nun in die verschiedenen Gremien der Partei einfließen. Denn eine jede Teilnehmerin ist verankert in Vereinen, Verbänden, im kommunalen Ehrenamt oder auch in Vorständen der Partei. Diese Vielfalt innerhalb der Landesarbeitsgemeinschaft hilft beim Erarbeiten von Positionen und Stellungnahmen.

Abschließend will die LISA Sachsen-Anhalt über die Termine des 2. Halbjahres informieren und interessierte Frauen recht herzlich dazu einladen. Wir freuen uns über jede neue, und sind offen für Anregungen und (Streit)Gespräche.

Samstag, 22. Oktober um 10:00 Uhr im Linken Laden Leitergasse 4, Halle (Saale)

Freitag, 2. Dezember um 15:30 Uhr in Halle zum kulturellen Jahresausklang

Evelyn und Anja

Lisa Sachsen-Anhalt

Termine im September:

Ein Stadtteilgespräch mit Petra Sitte findet am 14.09. von 17:30 Uhr bis 19:30 Uhr in der Christuskirche (Freimfelder Straße 90) statt.

Basistreffen BO Riebeckplatz-Hofjäger

am 14. September ab 16 Uhr

im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Str. 44:

Informationen aus dem Landtag und Diskussion mit MdL Genossin Henriette Quade

Gäste sind herzlich willkommen!

Achtung!

Senioren-Cafe' am 28. September:

Die geplante Fahrt mit der Halunken-Schinkel muss leider ausfallen, da diese sich in Reparatur befindet.

Wir treffen uns also wie gewohnt ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4.

Vorschau Oktober:

Senioren-Cafe' am 26. Oktober

ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:

„Wir fordern das Recht, menschlich zu leben...“

Halles 1. Arbeiterverein (1848-1851)

Vortrag von Genossin Dr. Christine Zarend

147 Tausend Erwerbslose in Sachsen-Anhalt

Zeit zu handeln statt zu tricksen

Schlechte Meldungen kann die Bundesregierung nicht gebrauchen. Deshalb bleibt sie dabei, die Arbeitslosenzahlen schön zu rechnen. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit längerem nicht als arbeitslos gezählt. Viele der Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik. Im Juli 2009 kam eine weitere Ausnahme hinzu: Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat.

Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. Dazu sagte der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) am 4. Juli 2009 in der Fernsehsendung Panorama: „Alles, was an Effekten durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entsteht, wird jedes Mal zusammen mit der Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht. ... Ich glaube, dass man sich auf die Seriosität dieses Prozesses verlassen kann. Wer anders rechnen wolle, könne ja „seine Zahl veröffentlichen - und dazu ein Flugblatt drucken.“ Das tun wir gern. Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im August 2016 sind tatsächlich 147 Tausend Menschen in Sachsen Anhalt erwerbslos. Zeit zu handeln statt zu tricksen.

Offizielle Arbeitslosigkeit im August 2016	105.647
Nicht gezählte Arbeitslose verbergen sich hinter:	
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II	10.348
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	9.719
Förderung von Arbeitsverhältnissen	142
Fremdförderung	3.769
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	1.079
berufliche Weiterbildung	5.768
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte)	7.782
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	78
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III)	2.786
Nicht gezählte Arbeitslose gesamt	41.471
Tatsächliche Arbeitslosigkeit im August 2016	147.118

Quellen:

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Arbeitslosigkeit und Grundsicherung für Arbeitsuchende. Sachsen Anhalt, August 2016, Seite 9. Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschüsse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Post von Lene

Liebe ältere und jüngere Mitmenschen, nun sind die schönen Ferien leider vorbei und die Schule hat wieder begonnen.

Ehe ich Euch wieder mit meinen Politikgedanken nerve, muss ich euch erstmal schreiben, wie es so in der Schule losging.

Am ersten Schultag hatten wir gleich drei Doppelstunden, Die erste bei unserer neuen Biolehrerin Frau Baum. Die ist einfach toll und nicht ein bisschen eingebildet und so, auch zieht sie keinen vor. Sie hat unsere Klasse in kleine Gruppen aufgeteilt und gesagt, dass wir in unserer Gruppe gemeinsam eine Aufgabe lösen sollen, die sie in der kleinen Pause an die Tafel geschrieben hat.

Überschrift: Vergleiche!

Drunter wie man das macht und wo wir im Biobuch was dazu finden. Na, das war doch eigentlich klar, wir mussten herausfinden, was unterschiedlich ist. Schisschen, zum Vergleichen gehört mehr, nämlich auch Gemeinsamkeiten rausfinden, und dazu eine Aufgabe lösen. Das haben wir in unseren Gruppen so gemacht. Und die Zeit verging wie im Fluge. Ich schreibe Euch das nur, weil mein ach so lieber Deutschlehrer Herr Reim, Ihr wisst schon, der immer die ihn umsäuselnde Markenklamottenpaula vorzieht, zu Leo gesagt hat, dass er doch hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen kann. Da sagte doch mein Freund Leo: Doch, das kann man. Ein Unterschied ist Äpfel sind rund und manchmal sauer, Birnen sind länglich und meist süß, beide zusammen sind Obst. Mir schmecken Birnen besser wegen süß und saftig. Statt Leo zu loben, brüllte er ihn nur an, was ihm einfällt, ihn zu verbessern. So ziemlich alle standen aber auf Leos Seite. Weil wir das ja in Bio so gelernt haben. Hoffentlich rächt sich der Herr Reim nicht irgendwie.

Jetzt muss ich Euch aber etwas schreiben, was ich als linke Schülerin total bescheuert finde und empörend. Ich habe mal wieder in Zeitungen gestöbert und habe in der namens MZ einen Artikel mit der dicken Überschrift „Schröders Giftliste“ entdeckt. Der Herr Schröder, das ist ja der neue schwarz eingefärbte Minister für das Geld, man nennt es auch Finanzen im Hohen Haus in Magdeburg. Da hatte die Kenia-koalition nach den Wahlen festgestellt, was wir Linken schon ewig gesagt haben: Wir haben im Land zu wenig Lehrer. Jetzt müssten so viele neu eingestellt werden,

wenn wir nicht großen Unterrichtsausfall haben wollen. Nun wird überall rumgesucht, wo die fehlenden Lehrer herkommen sollen. Ganz junge Lehrer, die von der Uni kamen, wurden jahrelang wegen der „Schwarzen Null“ nicht an unsere Schulen geschickt. Die sind weg. Zum Beispiel, in ein Land



namens NRW oder Niedersachsen. Lehrer mit guter Ausbildung in der DDR wurden vor Jahren entlassen, weil wir angeblich zu viele hatten oder sie wurden aussortiert, weil sie zu links oder so waren. Und da les ich nun diesen Artikel. Da steht drin: „So hat das Bildungsministerium für beide Jahre 184 Millionen Euro für Lehrer-Neueinstellungen veranschlagt, doch das Finanzministerium schlägt vor, nur rund 63 Millionen im Haushalt einzustellen.“ Ha, da haben wir es. Das kriege sogar ich raus, das ist ja ein Drittel. Wollen die jetzt, dass die vorhandenen Lehrer mehr unterrichten als bisher und zwar kostenlos?

Oder wollen sie einfach Stunden oder Fächer wegfallen lassen? Oder uns mit unserer parrallelen Klasse zusammenlegen?

Na, da trifft das Wort „Giftliste“ ja mal richtig zu. Aber aufgeregt haben sich die MZler ja nicht so richtig darüber. Ich habe ein Gespräch zwischen Oma und Opa belauscht, wo es auch um Lehrkräfte ging. Ich habe mitgekriegt, dass sich Oma und Opa über einen winzig kleinen Artikel in der MZ versteckt auf Seite 5 unterhalten haben. Oma sprach von einem Skandal. Da soll doch dringestanden haben, dass 2015 tausende Lehrer in den Sommerferien arbeitslos gemacht wurden. Zu Schulbeginn wurden sie dann wieder eingestellt. Das hat mir keine Ruhe gelassen, und so habe ich meine Großeltern beim Frühstück am nächsten Morgen einfach danach gefragt, Oma hat mir darauf gesagt, dass die Linken im Hohen Haus in Berlin an die Regierung eine Anfrage geschrieben haben und mit der Antwort sei das dann herausgekommen. Natürlich wollte ich das kapiieren. Opa erklärte mir, dass das ein gemeiner Trick ist. Für die Ferientage musste der Staat den entlassenen Lehrern kein Gehalt zahlen, sie bekamen in dieser Zeit Arbeitslosengeld. Das war natürlich viel weniger als ihr Gehalt. Nach den Ferien wurden sie dann wieder eingestellt, natürlich mit viel weniger Geld als die anderen

Lehrer. Und ich dachte, das geht nur bei Betrieben für Autos oder sowas. Ich hätte nie gedacht, dass das bei Lehrern auch so gemacht werden kann. Und die haben so viele Jahre an den Unis gelernt und nun werden sie auch noch so um ihr wohlverdientes Geld gebracht. Wenn die Linken im Hohen Haus diese Frage nicht gestellt hätten, wäre vielleicht gar nicht rausgekommen, dass es hier nicht um ein paar Lehrer

ging, sondern um 11000. Daran sieht man, wie wichtig wir Linken sind. Sonst fragt ja keiner nach so was. Ich finde auch, das ist wirklich ein Riesenschandal. Und man müsste an die MZ mal einen gepfefferten Brief schreiben, damit das auch alle mitkriegen.

Tschüs
Eure Lene
I .

Burka – Die gesichtslose Frau...

Seit Wochen gibt es in Deutschland einen Streit – einen Streit um die Kleidung von Frauen. Bemerkenswerterweise sind Männer in der Debatte führend. Doch worum geht es hier tatsächlich? Ein neues – männlich dominiertes – Engagement für mehr Frauenrechte? Nein, weit gefehlt. Es geht hier vor allem darum, dass insbesondere zwei Parteien (AFD und CDU) die Gunst der Stunde nutzen, um Angst vor Fremden zu schüren. Insbesondere die AFD ist klar frauenfeindlich und homophob. Sie teilt Menschen in Gut und Böse ein. Sie schürt die Angst vor Fremden. Sie sagt, wer dazu gehört und wer nicht. Wer glaubt, dass der IS-Terror seinen Ursprung im Tragen der Burka hat, führt eine Scheindebatte.

Ich bin keine Verfechterin der Burka. Sie versteckt Frauen. Doch wir haben in Deutschland das hohe Gut der Religionsfreiheit. Das verteidige ich ausdrücklich. Die Religionsfreiheit wird vom Grundgesetz vorbehaltlos gewährt, kann also durch ein einfaches Gesetz nicht eingeschränkt werden. Sie umfasst das Recht, sich eine Religion zu bilden und zu haben, seine Religion zu bekennen und nach seiner religiösen Überzeugung zu leben. Jeder und jede darf ihr/sein Verhalten somit ganz und gar an seinem/ihrer Glauben ausrichten. Der Staat darf niemanden wegen dieses Glaubens verfolgen, auch grundsätzlich keinen Einfluss auf weltanschauliche Überzeugungen nehmen. Unter den Schutz des Grundrechtes der Religionsfreiheit fällt damit nicht nur der private Glauben, sondern auch das

öffentliche Bekenntnis zu der eigenen Religion. Wir haben nicht das Recht, Frauen zu verbieten, die Burka zu tragen. Das mag in einzelnen Bereichen der Öffentlichkeit (Kita und Schule) verfassungsgemäß sein. Doch im gesamten öffentlichen Leben kann Frau ganz individuell entscheiden, ob oder ob sie nicht die Burka trägt. Frauen, die wegen Krieg und Elend Zuflucht in Deutschland gesucht haben, werden wir nicht durch Verbote emanzipieren. Wir sollten sie mit ihren hier bestehenden Rechten bekannt machen und sie darin stärken, sich gegen oder eben auch für die Burka zu entscheiden. Ein Verbot ist der völlig ungeeignete Weg, denn Ein Verbot es führt nie zur Freiheit. Im Gegenteil: es führt eher dazu, dass die Frauen quasi unter Hausarrest stehen. Sie werden ihr häusliches Umfeld ohne Burka nicht verlassen wollen oder auch nicht verlassen dürfen.

All jenen, die unter dem Deckmantel der Gleichstellung von Mann und Frau eine solche Debatte führen, entgegne ich: Es gibt viel Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern! Die Schere zwischen den Gehältern. Gewalt gegen Frauen und Kinder. Frauen, denen Führungspositionen verwehrt werden. Usw. Hier können sich alle Demokrat*innen gern austoben. Alles andere schürt Ressentiments und hat absolut nichts mit Gleichstellungspolitik zu tun!

Eva von Angern
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Rechts- und Gleichstellungspolitik

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich
Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
08.09.2016
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 06. 10. 2016

Klausur des Stadtvorstandes mit der Fraktion Die LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Am 20./21.2016 haben wir uns in Naumburg verabredet, um gemeinsam über unsere Arbeit zu beraten. Vier Arbeitsbereiche hatten wir uns bereits im Vorfeld erarbeitet, von denen die Mehrheit glaubte, dass sie besprochen werden sollten.

- Allgemeine Kommunikation
- Ansprache und Gewinnung von Aktiven
- Zusammenarbeit Stadtvorstand – Stadtratsfraktion
- Social Media / Web

Zunächst sammelten wir unsere Ideen, stellten fest, was wäre optimierbar, was machen wir nicht oder zu wenig, was läuft gut usw. usf.

In der Mittagspause strukturierten einige Genossinnen und Genossen unsere Gedanken zu den Arbeitsbereichen. Daraus ergaben sich vier Kernaufgaben, die wir am Nachmittag und dem nächsten Vormittag intensiv und ergebnisorientiert besprechen wollten.

1. Erleben von Partei
2. Kommunikation nach innen

3. Kommunikation nach außen

4. Partei sicht- und erlebbar machen

Jedes Modul wurde intensiv besprochen und unter dem Motto: Wer? Was? Wann? Wo? auch schon konkrete Arbeitsaufträge und Zielstellungen erarbeitet.

In der Beratung mit den Vertretern der Basisorganisationen und Ortsverbänden am 7.09.2016 habe ich die Ergebnisse detailliert vorgestellt. So haben wir z.B. zum Zweck der schnelleren Kommunikation eine Whatsapp-Gruppe des Stadtvorstandes eingerichtet, Überlegungen zur besseren Kommunikation zwischen Stadtvorstand und Fraktion erarbeitet. Auch die Stärkung der Ortsverbände im Stadtverband sowie die Zusammenarbeit und Mitarbeit in Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften spielten eine große Rolle. Insgesamt schätze ich ein, dass es eine arbeitsintensive, für alle aber auch gewinnbringende Veranstaltung war.

Was bringt mir eine Patenschaft?

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir möchten euch auf unser neues Projekt aus dem Stadtverband DIE LINKE aufmerksam machen. Ein Patenschaftsprojekt, um neue Mitglieder schnell in unsere Arbeit zu integrieren. Wir bitten euch den unten stehenden Werbetext an alle aktiven und derzeit noch nicht aktiven Mitglieder weiter zu leiten und regelmäßig zu informieren.

Durchblick schaffen - Patenschaft für neue Mitglieder DIE LINKE

Wir rufen zur Teilnahme an unserem Patenschaftsprojekt auf.

Für neue Mitglieder ist noch vieles ungewohnt und im Irrgarten der verzweigten politischen Landschaften ist es am Anfang schwer den Überblick zu behalten. Hilf neuen Mitglieder dabei, den Durchblick zu behalten und beteilige dich an unserem Patenschaftsprojekt.

Was bedeutet es für mich, eine Patenschaft zu übernehmen?

- Wir registrieren dich in unserem Patenschaftspool
- wir stellen dich neuen Mitgliedern vor und laden dich zu Treffen mit Neumitgliedern ein

Was bringt mir eine Patenschaft?

- Lerne nette Leute kennen und bring dich mit deinen Interessensgebieten ein

- lass deine politische Leidenschaft auf andere überspringen

„Gehe nicht, wohin der Weg führen mag, sondern dorthin wo kein Weg ist und hinterlasse eine Spur. „
Anmeldung unter folgender E-Mail:
patenschaften@dielinke-halle.de

Der Ortsverband Halle-Nord der Partei DIE LINKE lädt Mitglieder und SympathisantInnen herzlich ein:

**für Mittwoch, den 28. September 2016,
16 Uhr, im Linken Laden, Leitergasse 4,
06108 Halle.**

Gemeinsam mit Christian Kirchert (Wahlkreismitarbeiter Hendrik Lange, MdL), wollen wir Rückschau auf die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin halten sowie Aktuelles aus dem Landtag und die Tätigkeit des Neustädter LINKEN-Büros erfahren und diskutieren.

im Namen des SprecherInnenrates,
Ants Kiel

Linkes Blatt für Halle und den Saalekreis Seite - 12 - / Septemberausgabe

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Juni-Amtsblatt wurde über den Bürgerhaushalt berichtet, zum Seminar am 23.6.2016 eingeladen und ein zweiter Seminar-Teil am 5.10.2016 avisiert, um die Vorschläge auszuwerten. Der erste Teil des Seminars wurde aufgrund der geringen angemeldeten Teilnehmerzahl abgesagt. Für den Haushaltsplan 2017 wurden bis zum 22.08.2016 7 Vorschläge eingereicht. Nun folgt die Vorbereitung des avisierten 2. Teils des Seminars.

Was:	Seminar zum Bürgerhaushalt 2017	
Wann:	5. Oktober 2016, 18:00 bis 19:30 Uhr	Achtung: <ul style="list-style-type: none"> • Ferien in Sachsen-Anhalt • 16:30 Uhr Kulturausschuss • 16:30 Uhr Ausschuss für Personalangelegenheiten
Wo:	Stadthaus, Beratungsraum 113	24 Personen
Ansprechpartner:	Martina Beßler Robert Schleider	
Einladung:	<ul style="list-style-type: none"> a) Einladung der Vorschlagseinreicher b) Information auf der Plattform c) Einladung und Information über das Amtsblatt d) Information über Veranstaltung an die Presse, Facebook und Twitter Anmeldung der Teilnehmer bis zum 28.09.2016 im DLZ BE telefonisch oder per Mail.	<ul style="list-style-type: none"> a) GB I, DLZ BE b) GB I, DLZ BE c) Pressestelle d) Pressestelle
Ablaufplan:	<ul style="list-style-type: none"> • Begrüßung durch Herrn Bürgermeister Geier • Informationen über den Haushalt der Stadt Halle (Saale) • Hintergründe und Ablauf des Bürgerhaushaltes • Diskussion und Information über die weitere Verfahrensweise der 7 eingereichten und ggf. neuen Vorschläge 	verantwortlich: <ul style="list-style-type: none"> • Herr Geier • Herr Geier • Herr Schleider • mit den jeweiligen Fachbeigeordneten Moderation Herr Geier

Mit freundlichen Grüßen

Martina Beßler

Controllerin

Stadt Halle (Saale)

Geschäftsbereich

Finanzen und Personal

Marktplatz 1

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 221-4072

Telefax 0345 221-4074

E-Mail martina.bessler@halle.de

Wer an dieser Veranstaltung teilnehmen möchte, der meldet sich bitte selbst an oder ruft Ute Haupt (0345 2213056) an.